

Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr

Änderungsverfahren 25 BO – Quartier Feldmark – zum Regionalen Flächennutzungsplan

Synopse der Anregungen im Rahmen der

- förmlichen Beteiligung nach § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch sowie der Beteiligung nach § 9 Abs. 2 Raumordnungsgesetz und § 39 Landesplanungsgesetz sowie § 33 der Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes
- Erörterung nach § 19 Abs. 3 Landesplanungsgesetz mit den öffentlichen Stellen bzw. Personen des Privatrechts nach § 4 Raumordnungsgesetz

Januar 2019

Beteiligter: Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr ID-Nr.: 257		Eingang: 05.06.2018 Nummer der Anregung: 3
Anregung:		Stellungnahme / Umgang mit der Anregung / Ausgleichsvorschlag:
<p>Von der im Betreff genannten Maßnahme, bei gleichbleibender Sach- und Rechtslage, ist die Bundeswehr nicht berührt und betroffen. Hierbei gehe ich davon aus, dass bauliche Anlagen – einschl. untergeordneter Gebäudeteile -eine Höhe von 30 m über Grund nicht überschreiten.</p> <p>Sollte entgegen meiner Einschätzung diese Höhe überschritten werden, bitte ich in jedem Einzelfall mir die Planungsunterlagen – vor Erteilung einer Baugenehmigung – zur Prüfung zuzuleiten.</p> <p>Seitens der Bundeswehr gibt es keine Einwände oder Bedenken gegen das Vorhaben.</p>		<p>Der Regionale Flächennutzungsplan enthält noch keine Angaben über die maximale Höhe baulicher Anlagen. Nach den Hauptplanungszielen des nachgeordneten Bebauungsplanverfahrens ist jedoch bereits absehbar, dass neu zu errichtende bauliche Anlagen eine Höhe von 30 m über Gelände nicht erreichen werden. Eine weitere Beteiligung erfolgt in den nachfolgenden Bebauungsplanverfahren.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Beteiligter: RMR Rhein-Main-Rohrleitungstransportgesellschaft m.b.H. ID-Nr.: 191		Eingang: 05.06.2018 Nummer der Anregung: 4
Anregung:		Stellungnahme / Umgang mit der Anregung / Ausgleichsvorschlag:
<p>Von der vorgenannten Maßnahme werden weder unsere vorhandenen Anlagen noch laufende bzw. vorhersehbare Planungen unseres Hauses betroffen.</p> <p>Falls für Ihre Maßnahme ein Ausgleich für den Eingriff in Natur und Landschaft gefordert wird, muss sichergestellt sein, dass dieser nicht im Schutzstreifen unserer Leitungen stattfindet.</p> <p>Sollten diese Ausgleichsmaßnahmen vorgenommen werden, bitten wir um erneute Beteiligung.</p>		<p>Eine Konkretisierung weiterer, erforderlicher Kompensationsmaßnahmen erfolgt in den nachgelagerten Bebauungsplanverfahren. Hierzu wird selbstverständlich ein gesondertes Beteiligungsverfahren durchgeführt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Beteiligter: GfV Gesellschaft für Vermögensverwaltung mbH ID-Nr.: 279		Eingang: 08.06.2018 Nummer der Anregung: 7
Anregung:		Stellungnahme / Umgang mit der Anregung / Ausgleichsvorschlag:
Unsere Stellungnahme zum Vorhaben Regionaler Flächennutzungsplan 25 BO vom 10.01.2017 liegt Ihnen bereits vor.		
<p>Stellungnahme vom 10.01.2017:</p> <p>Das Vorhaben 25 BQ befindet sich über dem auf Steinkohle verliehenen Grubenfeld „Caroline“ der im Jahr 1968 stillgelegten Zeche Robert Müser. Die GfV mbH ist Bergwerksfeldeigentümerin.</p> <p>Ausweislich des Grubenbildes und unter Zugrundelegung der bestehenden technischen und tatsächlichen Rahmenbedingungen sind Einwirkungen des von uns zu vertretenden Bergbaus auf die Tagesoberfläche nicht mehr zu erwarten. Erfahrungen belegen jedoch, dass bergbaubedingte Beeinflussungen der Tagesoberfläche auch längere Zeit nach Einstellung der bergbaulichen Aktivitäten nicht sicher ausgeschlossen werden können. Eine belastbare Prognose, ab welchem Zeitpunkt für den Bereich des oben genannten Grundstücks bergbaubedingte Beeinflussungen der Tagesoberfläche sicher ausgeschlossen werden können, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt leider nicht gestellt werden.</p> <p>Eine Wiederaufnahme des Bergbaus ist nicht vorgesehen.</p> <p>Ob ein von uns nicht zu vertretender Abbau Dritter stattgefunden hat, ist uns unbekannt.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass grundsätzlich natürliche Ausgasungen (insbesondere Kohlendioxid und Methan) aus dem Steinkohlengebirge nicht auszuschließen sind. Zur Klärung der Frage, ob im Baubereich mit derartigen Ausgasungen zu rechnen ist und welche Untersuchungs- bzw. Vorsorgemaßnahmen ggf. zu ergreifen sind, wenden Sie sich bitte an die Stadt Bochum.</p>		<p>Für die nachfolgenden Bebauungspläne Nr. 900 und Nr. 932 im Bereich Quartier Feldmark (und damit für den Bereich der vorliegenden RFNP-Änderung) wurde bereits ein Bergbau-Gutachten inkl. Grubenbildeinsichtnahme durch einen Fachgutachter erstellt.</p> <p>Die gefundenen Bergbauschäden liegen allesamt außerhalb des Geltungsbereichs der RFNP-Änderung. Die Bergbauschäden wurden zwischenzeitlich saniert.</p> <p>Die Einstufung bzgl. potenziellen Methangasaustritten ist in den nachfolgenden Bebauungsplanverfahren zu berücksichtigen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>

Beteiligter: PLEdoc GmbH ID-Nr.: 181	Eingang: 11.06.2018 Nummer der Anregung: 9
Anregung:	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung / Ausgleichsvorschlag:
<p>Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht. Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns. <u>Von uns verwaltete Versorgungsanlagen</u> der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber sind von der geplanten Maßnahme <u>nicht betroffen</u>:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Open Grid Europe GmbH, Essen • Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen • Ferngas Nordbayern GmbH (FGN), Schwaig bei Nürnberg • Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen • Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen • Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund • Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen • GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, Straelen (<i>hier Solotrassen in Zuständigkeit der PLEdoc GmbH</i>) • Viatel GmbH, Frankfurt <p>Diese Auskunft bezieht sich ausschließlich auf die Versorgungsanlagen der hier aufgelisteten Versorgungsunternehmen. Auskünfte zu Anlagen sonstiger Netzbetreiber sind bei den jeweiligen Versorgungsunternehmen bzw. Konzerngesellschaften oder Regionalcentern gesondert einzuholen.</p> <p>Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir den Unterlagen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im weiteren Verfahren festgelegt werden bzw. keine</p>	<p>Der in der Anlage zu dem Schreiben gekennzeichnete Bereich überschreitet sogar den räumlichen Geltungsbereich der Änderung 25 BO des Regionalen Flächennutzungsplanes. Nähere Abstimmungen erfolgen auf der Ebene der nachgelagerten Bebauungsplanung bzw. anschließender bauaufsichtlicher Verfahren.</p> <p>Die Beteiligung weiterer Leitungsträger ist erfolgt; es liegt keine Betroffenheit vor.</p> <p>Eine Konkretisierung und Verortung erforderlicher Kompensationsmaßnahmen erfolgt in den nachgelagerten Bebauungsplanverfahren. Hierzu wird selbstverständlich ein gesondertes Beteiligungsverfahren durchge-</p>

Erwähnung finden. Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren.	führt. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
--	---

Beteiligter: USB Bochum GmbH	Eingang: 19.06.2018
ID-Nr.: 244	Nummer der Anregung: 15
Anregung:	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung / Ausgleichsvorschlag:
<p>Nach interner Prüfung der diesseitigen Belange betreffend das o. g. Vorhaben will hier nur rein vorsorglich darauf hingewiesen werden, dass im Rahmen der Umsetzung der (Rahmen-)Planung „Ostpark - neues Wohnen“ insbesondere zu gewährleisten ist, dass Grundstücke, die an die Abfallentsorgung der Stadt Bochum im Sinne der (jeweils) aktuell gültigen Abfallsatzung angeschlossen sind, mit herkömmlichen Abfallsammelfahrzeugen problemlos angefahren werden können.</p> <p>Die zukünftige Verkehrsinfrastruktur im Planbereich hat vor allem hinsichtlich der Befahrbarkeit mit den üblichen Abfallsammelfahrzeugen den Anforderungen der einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften im Bereich der Abfallsammlung zu entsprechen. Die Sicherstellung einer ausreichenden Tragfähigkeit des zu befahrenden Untergrundes sowie einer ausreichenden Breite der zukünftigen Fahrwege zu den einzelnen Anfallstellen/Grundstücken auch bei ggf. seitlich parkendem „ruhenden“ Verkehr sind genauso unerlässlich, wie die Einrichtung etwaiger Wendeanlagen zur (zwingenden) Vermeidung des Rückwärtsfahrens mit Abfallsammelfahrzeugen.</p> <p>Im Übrigen kann mitgeteilt werden, dass hier mit Blick auf die uns übersandten Entwurfsunterlagen grundsätzlich keine Änderungen bzw. Ergänzungen, sonstigen Einwände/Bedenken oder weitergehenden Anregungen bestehen.</p>	<p>Die konkrete Ausgestaltung der verkehrlichen Erschließung/Anlagen wird im Rahmen der nachfolgenden Bebauungsplanverfahren geregelt. Der USB Bochum wird entsprechend beteiligt.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>

Beteiligter: Deutsche Bahn AG, DB Immobilien Region West ID-Nr.: 36		Eingang: 21.06.2018 Nummer der Anregung: 16
Anregung: Die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien als von der DB Netz AG bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme: Folgende Punkte bitten wir zu berücksichtigen, bzw. mit aufzunehmen: <ul style="list-style-type: none"> • Kein Anspruch auf Schutz vor Immissionen aus dem Bahnbetrieb; <ul style="list-style-type: none"> – Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Betriebsanlagen entstehen Immissionen. Entschädigungsansprüche oder Ansprüche auf Schutz- oder Ersatzmaßnahmen können gegen die DB AG nicht geltend gemacht werden, da die Bahnstrecke eine planfestgestellte Anlage ist. Spätere Nutzer sind frühzeitig und in geeigneter Weise auf die Beeinflussungsgefahr hinzuweisen. 		Stellungnahme / Umgang mit der Anregung / Ausgleichsvorschlag: Die nächstliegende Bahntrasse hat einen Abstand von mehr als 800 m zu der geplanten Wohnbebauung. Eine Berücksichtigung immissionsschutzrechtlicher Belange und die weitere Beteiligung erfolgt in den nachfolgenden Bebauungsplanverfahren. Der Anregung wird gefolgt.

Beteiligter: Deutscher Wetterdienst, Referat Liegenschaftsmanagement ID-Nr.: 42		Eingang: 26.06.2018 Nummer der Anregung: 17
Anregung: Ihre Planung wurde anhand der zur Verfügung gestellten Unterlagen durch unsere Fachbereiche geprüft. Der DWD hat keine Einwände gegen die von Ihnen vorgelegte Planung, da keine Standorte des DWD beeinträchtigt werden bzw. betroffen sind. Ich möchte Sie allerdings darauf hinweisen, dass aus Sicht des Deutschen Wetterdienstes die Auswirkungen des Vorhabens auf das Schutzgut Klima zu berücksichtigen sind. Das Vorhaben ist so zu gestalten, dass erhebliche ungünstige Auswirkungen auf das Klima und das Lokalklima vermieden werden. Zusätzlich ist bei dem Vorhaben im Sinne des Baugesetzbuches den Aspekten des Klimaschutzes und denen der Anpassung an den Klimawandel Rechnung zu tragen.		Stellungnahme / Umgang mit der Anregung / Ausgleichsvorschlag: Die Planungen für die Rahmenplanung „OSTPARK – Neues Wohnen“ (zu der auch die vorliegende RFNP-Änderung gehört) wurden von Oktober 2014 bis September 2017 unter Aspekten der Anpassung an den Klimawandel wissenschaftlich begleitet, im Rahmen des öffentlich geförderten Forschungsvorhabens „Plan 4 Change“. Ziel war die Umsetzung einer klimawandelangepassten Stadtentwicklung anhand des Modellprojektes OSTPARK. Hierzu gehörten umfassende klimatologische Modellierungen der Ruhr-Universität Bochum. Es wurden verschiedene Varianten des Baukonzepts gegenübergestellt und in Hinblick auf die Klimaanpassung optimiert. Die konkrete Umsetzung erfolgt im Rahmen der Bebauungsplanung.

	<p>Dennoch wird sich bei Durchführung der Planung der bisherige Ausgleichsraum mit positiver klimatischer und lufthygienischer Situation zu einem Lastraum entwickeln.</p> <p>Durch die geplante Umwandlung der Grünfläche in Wohnbaufläche wird das Gebiet nicht mehr länger dem Freilandklimatop zuzuordnen sein. Abhängig von Bebauungsart und -dichte wird sich stattdessen ein Vorstadt- oder Siedlungsklimatop entwickeln.</p> <p>Die geplante Bebauung wird zur Zunahme der lokalen thermischen Belastungen und Luftsituation führen. Die geplanten, günstigen Bebauungsstrukturen (plan4change) sorgen jedoch für eine nur geringe Belastungssituation. Der geplante Lärmschutzwall schränkt die Luftleitbahn zwar in gewissem Maße ein, aber ein Luftaustausch findet dennoch statt. Eine Zunahme von Wärmeinseln für die umliegende Wohnbebauung ist nicht zu erwarten, da die Belüftungssituation weiterhin gegeben ist.</p> <p>Mögliche Auswirkungen von Starkregenereignissen wurden bei der Planung berücksichtigt und in das Entwässerungssystem integriert. Die Grünfläche wird nicht vollständig in Wohnbau- und Erschließungsfläche umgewandelt, sondern beinhaltet weiterhin einen hohen Anteil an Grün- und Freiflächen mit Bepflanzungen.</p> <p>Die Stadt Bochum hat damit einen außergewöhnlichen Weg beschritten, um mögliche negative Auswirkungen der neuen Bebauung auf das Stadtklima auf ein Minimum zu beschränken.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
--	--

Beteiligter: Landwirtschaftskammer NRW ID-Nr.: 159		Eingang: 26.06.2018 Nummer der Anregung: 19
Anregung:	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung / Ausgleichsvorschlag:	
Gegen das Änderungsverfahren 25 BO bestehen aus agrarstruktureller Sicht Bedenken, da insgesamt 3 ha Flächen der Landwirtschaft entzogen werden. Aus den Luftbildern ist allerdings ersichtlich, dass es sich nicht um eine wertvolle landwirtschaftliche Fläche handelt. Ziel muss es sein, landwirtschaftliche Nutzflächen und Betriebsstandorte zu erhalten. Zur Verdeutlichung wird nachfolgend der Grundsatz 7.5-	Bereits vor 1925/26 wurde der überwiegende Teil des Änderungsbereiches als Stadt- bzw. Friedhofsgärtnerei genutzt. Seit Ende der 1950er /Anfang der 60er Jahre bis 2003 wurde die gesamte Fläche für o. g. gärtnerischen Zwecke genutzt. Danach lag die Fläche brach. Der Änderungsbereich wird im RFNP als <u>Grünfläche – Friedhof –</u> / Allgemeiner Freiraum und Agrarbereich dargestellt / festgelegt.	

<p>2 des LEPs NRW 2017 als Landschaftsrahmenplan aufgezeigt:</p> <p>„7.5-2 Grundsatz Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte</p> <p><i>Die im Freiraum liegenden, von der Landwirtschaft genutzten Flächen sollen, als wesentliche Grundlage für die <u>Produktion von Nahrungsmitteln</u> und nachwachsenden Rohstoffen erhalten werden.</i></p> <p><i><u>Wertvolle landwirtschaftliche Böden mit besonders hoher natürlicher Bodenfruchtbarkeit oder besonderer Eignung für eine landwirtschaftliche Nutzung</u> sollen für Siedlungs- und Verkehrszwecke nicht in Anspruch genommen werden.</i></p> <p><i>Landwirtschaftliche Betriebe sollen in ihrem <u>Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten gesichert</u> werden. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen <u>negative Wirkungen</u> auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden.</i></p> <p><i>Unter Berücksichtigung der jeweiligen regionalen und lokalen Gegebenheiten sollen bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung <u>agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt</u> und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden“ (LEP NRW 2017).</i></p>	<p>Der im Umweltbericht dargestellte Kartenausschnitt der Realnutzungskartierung (RVR) entspricht mit seiner Aussage „Fläche für die Landwirtschaft“ (Änderungsbereich) nicht der Realität. <u>Das Plangebiet wird nicht landwirtschaftlich genutzt.</u></p> <p>Laut FNK-Schlüssel werden die Nutzungsarten 383 (Erwerbsgartenbau – Sonstige Flächen und 461 (Nicht genutzte Flächen – Brachflächen, ehemals gewerblich / industriell genutzte Flächen) interpretiert. Sinnvoller wäre die Darstellung als Friedhöfe – Erweiterungsflächen oder Sonstige Fläche (283 o. 284).</p> <p>Das Plangebiet ist an keine landwirtschaftliche Nutzfläche in der Umgebung angebunden und kann auch nicht angebunden werden. Auch der Zuschnitt des Areals widerspricht einer landwirtschaftlichen Nutzung.</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt. Das Einvernehmen wurde in der Erörterung hergestellt.</p>
<p>Darüber hinaus sollte das Schutzgut „Fläche“, welches durch die Novellierung des UVPG (29.07.2017) neu in den Schutzgüterkatalog des Art. 3 UVP-RL hinzugekommen ist, mit betrachtet werden.</p> <p>Aus dem Ziel 6.1-1 LEP NRW 2017 leiten sich nach hiesiger Auffassung folgende Anforderungen an den Untersuchungsrahmen und den Detaillierungsgrad umweltrelevanter Daten zu den Schutzgütern (1) Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt in Verbindung mit dem Schutzgut, (2) Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, (3) Kulturgüter und sonstige Sachgüter (darunter fällt die Landwirtschaft) sowie (4) Wechselwirkungen zwischen den vorgenannten Schutzgütern ab.</p> <p>Der vorgeschlagene Untersuchungsrahmen ist unter dem Punkt Kultur- und sonstige Sachgüter um den Punkt Auswirkungen auf die Agrarstruktur zu ergänzen. Der Verlust landwirtschaftlicher Flächen ist ein öffentlicher Belang, der mit abzuwägen ist.</p>	<p>Das Änderungsverfahren wurde vor der Novellierung des UVPG eingeleitet und kann nach dem zuvor geltenden Rechtsstand zu Ende geführt werden. Auf eine Ergänzung des Schutzguts Fläche in der Umweltprüfung wurde daher verzichtet. Der Verlust landwirtschaftlicher Flächen – hier nicht gegeben – wird in der Systematik der Umweltprüfung dem Schutzgut „Kultur- und Sachgüter“ zugeordnet. Auswirkungen auf die Agrarstruktur sind aufgrund des o. a. Sachverhalts nicht ersichtlich und somit auch nicht abzuwägen.</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt. Das Einvernehmen wurde in der Erörterung hergestellt.</p>

<p><u>Zum Schutzgut Boden</u> Folgende Punkte sind zu beachten: Bei den Böden sind neben den Bodenwertzahlen des Geologischen Dienstes NRW und den Schutzwürdigen Böden des Geologischen Dienstes NRW ebenfalls die aktuellen Realnutzungsarten Acker, Grünland und Dauerkulturen zu ermitteln (<u>Voraussetzung für Wertermittlung der Flächen</u>).</p> <p>Der Direktor der Landwirtschaftskammer NRW als Landesbeauftragter – Leiter der EU-Zahlstelle – verfügt über Daten zu dem landwirtschaftlichen Referenzsystem (Feldblocksystem in NRW; LaFIS-LFK) i. V. m. dem Integrierten Kontroll- und Verwaltungssystem (InVeKoS) der EU. Dies ist Bestandteil der Agrarförderung. Das Referenzsystem in NRW umfasst sowohl die Feldblöcke (innerhalb relativ fester Grenzen zusammenhängend bewirtschaftete landwirtschaftliche Fläche mit derselben Hauptbodennutzung als Acker, Grünland oder Dauerkulturen) als auch die Landschaftselemente (z.B. Hecken oder Knicks, Baumreihen oder Feldgehölze).</p> <p>In Abstimmung mit dem Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW dürfen diese Daten nur gegen Gebühren abgegeben werden. Die Aufteilung als Ackerland, Grünland oder als Dauerkultur ermöglicht eine bessere Abschätzung umweltmäßiger Aspekte.</p> <p>Daneben sollten die Agrarstandortwerte aller landwirtschaftlich bewirtschafteten Flächen – soweit verfügbar – in der Untersuchung berücksichtigt werden. Die Agrarstandortwerte liegen vor für die Metropolregion Ruhr, siehe Fachbeitrag des RVR.</p>	<p>Im Planbereich liegt definitiv keine landwirtschaftliche Nutzfläche vor.</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt. Das Einvernehmen wurde in der Erörterung hergestellt.</p>
<p><u>Zum Schutzgut Luft/Klima</u> Die Frischluftschneisen und die Bereiche mit besonderer Bedeutung für die Kaltluftbildung sollten ermittelt werden.</p>	<p>Eine entsprechende Berücksichtigung findet in der Umweltprüfung unter dem Schutzgut Klima bereits statt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p><u>Zum Schutzgut Kulturgüter und sonstige Sachgüter (Nutzungen)</u> Die Standorte der landwirtschaftlichen Unternehmen aber einer Größe von 5 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) sollten erfasst und dargestellt werden. Zu den Hofstellen sind ausreichend Abstände einzuhalten, um deren bauliche Entwicklungsmöglichkeiten nicht zu behindern.</p>	<p>Es befindet sich weder eine landwirtschaftliche Nutzfläche im Änderungsbereich noch ein landwirtschaftlicher Betrieb im Umkreis von 500 m.</p>

<p>Die Daten sind ebenfalls Bestandteil der landwirtschaftlichen Fachbeitrags Metropolregion Ruhr, s.o.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt. Das Einvernehmen wurde in der Erörterung hergestellt.</p>
<p><u>Hinweise</u> Im Verlauf der weiteren Planung werden Kompensationsflächen für die Eingriffe in Natur und Landschaft sowie artenschutzbezogene Maßnahmen erforderlich (vgl. § 13 ff BNatSchG). Um eine landwirtschaftschonende Umsetzung solcher Maßnahmen zu gewährleisten, sollte die die Aufwertung vorhandener Naturräume (auch am Gewässer- und Uferandbereich im Rahmen der WRRL)*, Maßnahmen der Landschaftsplanung, Ökokonten oder produktionsintegrierte Kompensation unter Begleitung der „Stiftung Westfälische Kulturlandschaft“ ausschließlich im ehemaligen Abgrabungsbereich erfolgen. Die ggf. erforderlich werdenden Kompensationsmaßnahmen sind in enger Abstimmung mit der Landwirtschaft durchzuführen. * Aufwertung vorhandener Naturräume (auch am Gewässer- und Uferandbereich im Rahmen der WRRL): Durch das Vorhaben werden ggf. zahlreiche Bäche, Flüsse oder Gewässersysteme betroffen, sodass grundsätzlich die Durchführung von Umsetzungsfahrplan-/ Bewirtschaftungs-/Maßnahmenprogramm-Maßnahmen der EU-WRRL als Kompensationsmaßnahmen u.E. räumlich-funktional zulässig und durchführbar sind. Die Biotopbewertungs- und Kompensationsbewertungsverfahren sind – entsprechend des Grundsatzes 7.5-2 LEP NRW 2017 (s.o.), auf die Minimierung der entsprechenden Ausgleichsflächenbedarfe hin anzuwenden. Dies betrifft sowohl die Anwendung des ELES, dessen Anwendung aus agrarstruktureller Sicht grundsätzlich zu begrüßen ist, als auch vor allem die Anwendung des Bewertungsverfahrens Kompensation Blau bzw. des Bewertungsverfahrens für Ausgleichsmaßnahmen am Gewässer (Koenzen), die grundsätzlich mindestens doppelte Ökopunkte für Kompensationsmaßnahmen an Fließgewässern vorzusehen, ermöglichen. Darüber hinaus sind gerade die häufig geforderten Aufforstungen im Verhältnis von 1:2 für Kompensationsmaßnahmen u.E. nicht zulässig. Die bestehende rechtliche Ermächtigungsgrundlage nach BWaldG und</p>	<p>Entsprechende Kompensationsmaßnahmen sind in nachgelagerten Verfahren zu regeln.</p>

<p>LFoG bezieht sich auf einen 1:1 Flächenausgleich als forstrechtlicher Ausgleich', ggf. auch Waldersatz (vgl. des Weiteren § 4a Abs. 3 LG und § 4 Abs. 2 Nr. 9 LG). Der ggf. darüber hinausgehende landschaftsrechtliche Ausgleich' sollte durch qualitative Aufwertung in bestehendem Wald bzw. auch durch Waldumwandlung gemäß § 39 LFoG erfolgen. Entscheidend für den Umfang der Aufforstungen ist die Berechnungsgrundlage – zumeist Katasterfläche – für die Berechnung des Waldanteils in den Gemeinden.</p> <p>Auch in den dichter besiedelten Bereichen der Planungsregion wird deutlich, dass diese Berechnungsgrundlage nicht zielführend ist. Der Berechnungsbezug sollte deshalb so gewählt werden, dass er zumindest theoretisch 100 % erreichen kann. Dieser Anteil könnte nur mit Bezug auf die Freiraumfläche erreicht werden.</p> <p>Der Waldanteil wäre somit auf der Berechnungsgrundlage des Freiraums (anstelle bisher häufig der Katasterfläche) zu ermitteln. Aus agrarstruktureller Sicht wird begrüßt, wenn diese Definition für die Waldanteile der Kommunen zukünftig angewendet wird.</p> <p>Die Waldflächen in NRW (Waldanteile), die im geltenden LEP NRW 2017 angegeben sind, wurden – nach unseren Informationen – nach diesem Berechnungsverfahren ermittelt, s. Abbildung 5, ff..</p> <p>Der LEP NRW ist neben seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan für den Forstbereich ebenfalls als Forstlicher Rahmenplan anzusehen.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
--	--

<p>Beteiligter: E.ON SE Mining Management ID-Nr.: 51</p>	<p>Eingang: 27.06.2018 Nummer der Anregung: 20</p>
<p>Anregung:</p> <p>Wir stellen fest, dass unsere Gesellschaft an dem o.a. Änderungsverfahren bis heute noch nicht beteiligt wurde. Den Geltungsbereich haben wir, wie von Ihnen empfohlen, der Internetseite der Städteregion Ruhr entnommen.</p> <p>Unsere erstmalige Stellungnahme zur bergbaulichen Situation für den v. g. Geltungsbereich des Änderungsverfahrens lautet wie folgt: Der o. a. Planbereich liegt zum größten Teil außerhalb des stillgelegten Bergwerkseigentums der E.ON SE.</p>	<p>Stellungnahme / Umgang mit der Anregung / Ausgleichsvorschlag:</p> <p>Die Fa. E.ON SE Mining Management wurde nachweislich zur „Frühzeitige Beteiligung“ mit Anschreiben vom 10.01.2017 und zur „Förmlichen Beteiligung“ mit Anschreiben vom 29.05.2018 über die Geschäftsstelle Regionaler Flächennutzungsplan (Essen) beteiligt.</p> <p>Für die Bebauungspläne 900 und 932 im Bereich Quartier Feldmark (und damit für den Bereich der vorliegenden RFNP-Änderung) wurde bereits ein Bergbau-Gutachten inkl. Grubenbildeinsichtnahme durch einen Fachgutachter erstellt.</p>

<p>Für den ehemaligen Steinkohlenbergbau in dem v.g. Bereich ist die Gesellschaft für Vermögensverwaltung AG, Flamingoweg 1, 44139 Dortmund, zuständig.</p> <p>Wir empfehlen daher, die v. g. Gesellschaft ebenfalls an dem Änderungsverfahren zu beteiligen.</p>	<p>Die gefundenen Bergbauschäden liegen allesamt außerhalb des Geltungsbereichs der RFNP-Änderung. Die Bergbauschäden wurden zwischenzeitlich saniert.</p> <p>Die Gesellschaft für Vermögensverwaltung AG wurde an diesem Änderungsverfahren ebenfalls beteiligt.</p>
<p>Lediglich ein geringer Teil im westlichen Planbereich liegt über dem stillgelegten Bergwerkseigentum.</p> <p>Unsere diesbezügliche Stellungnahme für diesen Teilbereich lautet wie folgt:</p> <p>Aus Gründen des früheren Bergbaus, soweit er von der E.ON SE zu vertreten ist, haben wir weder Anregungen oder Bedenken vorzubringen.</p> <p>Unsere Unterlagen weisen für den Geltungsbereich des o.a. Bebauungsplanes weder Schächte noch Tagesöffnungen oder tagesnahen Bergbau aus.</p> <p>Wir weisen jedoch darauf hin, dass nach den geologischen Gegebenheiten in diesem Bereich Abbau Dritter, den die E.ON SE nicht zu vertreten hat, nicht ausgeschlossen werden kann. Unsere Unterlagen weisen über eine solche Tätigkeit ebenfalls nichts aus.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>

<p>Beteiligter: Landessportbund Nordrhein-Westfalen e.V., Stab Politik und Grundsatzfragen</p> <p>ID-Nr.: 141</p>		<p>Eingang: 03.07.2018</p> <p>Nummer der Anregung: 23</p>
Anregung:	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung / Ausgleichsvorschlag:	
<p>Bezüglich der Änderungsverfahren 23 HER und 25 BO bestehen seitens des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen e.V. keine Anregungen und Bedenken.</p> <p><u>25 BO</u></p> <p>In einer Entfernung von ca. 300m „östlich“ der Schnellstraße befindet sich eine intensiv genutzte Radsport-Trainingsstrecke die durch den SSB Bochum errichtet und von versch. Vereinen genutzt wird. Sollten daher zukünftig weitere Planungen in der Feldmark östlich der Schnellstraße vorgelegt werden, bitten wir Sie uns erneut zu informieren und zu beteiligen.</p>	<p>Östlich des Sheffield-Ringes ist kein RFNP-Änderungsverfahren geplant. Der Rahmenplan „Ostpark – Neues Wohnen“ umfasst die Fläche der Radsport-Trainingsstrecke. In diesem Bereich sind keine Änderungen vorgesehen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>	

Beteiligter: Landesbüro der Naturschutzverbände NRW ID-Nr.: 136	Eingang: 05.07.2018 Nummer der Anregung: 29
Anregung:	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung / Ausgleichsvorschlag:
<p>Zur RFNP-Änderung 25 BO liegt mir von den örtlichen Verbandsvertretern der in NRW anerkannten Naturschutzverbänden leider keine Rückmeldung vor. Ich verweise daher auf die Ihnen zur SUP-Konsultation vorliegenden Hinweise und Bedenken (siehe Synopse Februar 208) des LANUV (ID Nr. 123 Synopse Seite 4 und 5, des Regionalverbandes Ruhr, Referat 11, Regionalpark/ELP/ Freiraumsicherung (ID Nr. 276 Synopse Seite 13, 14, 15) sowie der Staatskanzlei des Landes NRW (ID Nr. 168) Synopse Seite 9 und 10. Die Naturschutzverbände schließen sich den Ausführungen an.</p> <p>Insbesondere verweise ich darauf, dass es trotz der in den Unterlagen genannten Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen der negativen Auswirkungen einer Bebauung im Bebauungsplan-Teilraum Quartier Feldmark zu negativen Wirkungen und insbesondere zu Beeinträchtigungen praktisch aller Schutzgüter kommt. Dieses betrifft insbesondere den Verlust des entwicklungsfähigen sehr hohen Potentials des verloren gehenden Gebietes für den Natur- und Artenschutz bzw. erholungsnahe Freizeiterholung. Zudem wird sich in Abhängigkeit der Bebauungsart und -dichte (aufgrund der hohen Grundstücks-bzw. Immobilienpreise sicherlich stark verdichtet) ein Vorstadt- oder Siedlungsklimatop als Lastraum bilden; die derzeitige Funktion als klimatischer Ausgleichsraum (Freilandklimatop) geht verloren. Da die östliche Frischluftschneise behindert werden wird, ist von einer Verschlechterung der Lufthygiene auszugehen.</p> <p>Die Auswirkungen sind im Umweltbericht, Teil B der Begründung zur RFNP-Änderung 25 BO deutlich dargestellt.</p>	<p>Dazu wird auf die Synopse zur frühzeitigen Beteiligung verwiesen. Dort wurde zu den angesprochenen Anregungen ausführlich Stellung genommen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Planungen für die Rahmenplanung „OSTPARK – Neues Wohnen“ (zu der auch die vorliegende RFNP-Änderung gehört) wurden von Oktober 2014 bis September 2017 unter Aspekten der Anpassung an den Klimawandel wissenschaftlich begleitet, im Rahmen des öffentlich geförderten Forschungsvorhabens „Plan 4 Change“. Ziel war die Umsetzung einer klimawandelangepassten Stadtentwicklung anhand des Modellprojektes OSTPARK. Hierzu gehörten umfassende klimatologische Modellierungen der Ruhr-Universität Bochum. Es wurden verschiedene Varianten des Bebauungskonzepts gegenübergestellt und in Hinblick auf die Klimaanpassung optimiert. Die konkrete Umsetzung erfolgt im Rahmen der Bebauungsplanung.</p> <p>Dennoch wird sich bei Durchführung der Planung der bisherige Ausgleichsraum mit positiver klimatischer und lufthygienischer Situation zu einem Lastraum entwickeln.</p> <p>Durch die geplante Umwandlung der Grünfläche in Wohnbaufläche wird das Gebiet nicht mehr länger dem Freilandklimatop zuzuordnen sein. Abhängig von Bebauungsart und -dichte wird sich stattdessen ein Vorstadt- oder Siedlungsklimatop entwickeln.</p> <p>Die geplante Bebauung wird zur Zunahme der lokalen thermischen Belastungen und Luftsituation führen. Die geplanten, günstigen Bebauungsstrukturen (plan4change) sorgen jedoch für eine nur geringe Belastungssituation. Der geplante Lärmschutzwall schränkt die Luftleit-</p>

	<p>bahn zwar in gewissem Maße ein, aber ein Luftaustausch findet dennoch statt. Eine Zunahme von Wärmeinseln für die umliegende Wohnbebauung ist nicht zu erwarten, da die Belüftungssituation weiterhin gegeben ist</p> <p>Mögliche Auswirkungen von Starkregenereignissen wurden bei der Planung berücksichtigt und in das Entwässerungssystem integriert.</p> <p>Die Grünfläche wird nicht vollständig in Wohnbau- und Erschließungsfläche umgewandelt, sondern beinhaltet weiterhin einen hohen Anteil an Grün- und Freiflächen mit Bepflanzungen. Weiterhin werden alle Dachflächen mit einer Dachbegrünung versehen und diese auch im Bebauungsplan Nr. 932 festgesetzt.</p> <p>Die Stadt Bochum hat damit einen außergewöhnlichen Weg beschritten, um mögliche negative Auswirkungen der neuen Bebauung auf das Stadtklima auf ein Minimum zu beschränken.</p> <p>Der bedarfsbedingten Nutzung des Änderungsbereiches als Wohnbaufläche wird Vorrang eingeräumt.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Ein Meinungsaustrausgleich konnte in der Erörterung nicht hergestellt werden.</p> <p>Zwischenzeitlich wird in der Rahmenplanung „OSTPARK – Neues Wohnen“ auf das geplante mittlere Wohngebiet „Quartier Havkenscheider Park“ verzichtet (Stand Ende 2018).</p>
--	---

Beteiligter: Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW ID-Nr.: 123		Eingang: 12.07.2018 Nummer der Anregung: 34
Anregung:	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung / Ausgleichsvorschlag:	
Die Planung befindet sich bereits in einem fortgeschrittenen Stadium, dass auf die Zuständigkeit der Behörden der nachgeordneten Planungsebene verwiesen werden kann. Dennoch möchte ich aus Sicht des LANUV einige Hinweise zum Änderungsbereich geben. Im Planungsabschnitt "Quartiers Feldmark" befindet sich eine südliche Teilfläche des Hauptfriedhofs von Altenbochum, die sowohl im Biotopkataster, als auch in der Biotopverbundplanung des LANUV als Fläche	Die südliche Teilfläche des Hauptfriedhofs von Altenbochum mit ihren Baumbeständen wird nicht im Rahmen der Bauleitplanung überplant sondern in den Rahmenplan Ostpark integriert und im Bebauungsplan Nr. 900 – Ostpark-Feldmark – geschützt (Öffentliche Grünfläche – Friedhof, Parkanlage –). Darüber hinausgehende Konkretisierungen sind dem im Verfahren befindlichen Bebauungsplan Nr. 900 zu entnehmen.	

<p>mit besonderer Bedeutung -Stufe 2- aufgenommen wurde (siehe BK-4408-0078 u. VB-A-4509-012. Die Fläche hat als Trittstein- und Vernetzungsbiotop für Tier- und Pflanzenarten im städtischen Ballungsraum Bedeutung. Ziel ist der Erhalt dieses südlichen Teilbereichs des Friedhofes mit seinem teilweise alten Baumbestand.</p> <p>Besonders hinzuweisen ist auf die nach § 41 a LNatSchG NRW gesetzlich geschützte Platanenallee, die im Alleenkataster des LANUV enthalten ist (AL-BO-0005). Auch der z.T. alte Baumbestand an den Rändern des Planungsbereichs sollten nach Möglichkeit erhalten und in die Planung integriert werden. Die geplante ökologische Baubegleitung, um Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG zu vermeiden wird begrüßt.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Das Einvernehmen wurde in der Erörterung hergestellt.</p> <p>Die Hinweise des LANUV zur geschützten Platanenallee nach § 41 a LNatSchG NRW und zum Erhalt des alten Baumbestandes an den Rändern des Planungsbereiches sollten planerisch Berücksichtigung finden und in der nachfolgenden Bauleitplanung konkretisiert werden.</p>
<p>Der gesamte Planungsraum Ostpark in Bochum ist vor allem für das Stadtklima von Bedeutung, so auch der Teilbereich des Quartiers Feldmark. Die landesweite Klimaanalyse NRW des LANUV weist dem Bereich eine thermische Ausgleichsfunktion zu. Die Flächen haben eine hohe Bedeutung für die umliegenden Siedlungsflächen, deren thermische Situation bereits jetzt als „ungünstig“ oder „sehr ungünstig“ bewertet wird (siehe Klimaanalyse Gesamtbetrachtung im FIS Klimaanpassung). Darüber hinaus sind für die Flächen des Planungsraums Ostpark relevante nächtliche Kaltluftabflüsse hinterlegt, von deren Einwirkbereich insbesondere die westlich bzw. südwestlich gelegenen Siedlungsbereiche derzeit noch profitieren.</p> <p>Im Rahmen des Projektes "Plan4Change" fanden Ziele der Klimaanpassungsstrategie bei der städtebaulichen Planung bereits Berücksichtigung. Aus stadtklimatischer Sicht sollte die Anbindung an die Freiflächen des östlich angrenzenden Regionalen Grünzuges durch die geplante Bebauung nicht zu stark beeinträchtigt werden und Frischluftschneisen nicht unterbrochen werden.</p> <p>Erforderliche Ausgleichsmaßnahmen für die Inanspruchnahme von Freiflächen sind im Rahmen der Eingriffsregelung auf der nachgeordneten Planungsebene umzusetzen.</p> <p>Unter Berücksichtigung der obigen Anmerkungen und Hinweise gibt es von Seiten des LANUV aus derzeitiger Sicht keine weiteren Einwände</p>	<p>Eine entsprechende Berücksichtigung stadtklimatischer Belange findet in der Umweltprüfung beim Schutzgut Klima (insbes. Unterpunkt Klimadynamik / Luftaustauschprozesse) bereits statt.</p> <p>Die konkrete Umsetzung erfolgt in den nachfolgenden Bebauungsplanverfahren Nr. 900 und Nr. 932.</p> <p>Entsprechende Kompensationsmaßnahmen werden in nachgelagerten Bebauungsplanverfahren geregelt.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Das Einvernehmen</p>

gegen die 25. Änderung des RFNP im Bereich Bochum.	men wurde in der Erörterung hergestellt.
--	--

Beteiligter: Bezirksregierung Arnsberg Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW ID-Nr.: 13		Eingang: 09.07.2018 Nummer der Anregung: 35
Anregung:	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung / Ausgleichsvorschlag:	
<p>Die von hier abgegebene Stellungnahme vom 28.02.2017 wurde in der Synopse (Stand: Februar 2018) aufgenommen und die Hinweise berücksichtigt.</p> <p>Da sich die damalige Stellungnahme auf drei Planungsbereiche bezog (03BO, 25BO, 26E), habe ich zum hier thematisierten Planungsbereich 25 BO folgende redaktionelle Änderungen:</p> <p>Der Planbereich liegt über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Prinzregent“, im Eigentum der <i>E.ON SE (Anschrift: E.ON SE, Mining Management, Brüsseler Platz 1, 45131 Essen)</i> sowie über dem ebenfalls auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „<i>Caroline</i>“ im Eigentum der <i>GN Gesellschaft für Vermögensverwaltung GmbH, Flamingoweg 1 in 44139 Dortmund</i>.</p> <p>Ferner liegt der o.g. Planungsbereich über dem Bewilligungsfeld „<i>Lennert</i>“. Die Bewilligung gewährt das Recht zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen. Rechtsinhaberin der Bewilligung ist die <i>A-TEC Anlagentechnik GmbH in Willich</i>.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. .</p>	
<p>Die Feldeseigentümer wurden gemäß Ihrem E-Mail Verteiler am Verfahren beteiligt. Eine Grubenbildeinsichtnahme wurde durchgeführt und ein Gutachten zu den bergbaulichen Verhältnissen erstellt. Die bergbaulichen Verhältnisse im Bereich des Flächennutzungsplans 25 BO scheinen somit hinreichend bekannt zu sein. Von hier aus werden keine weiteren Hinweise oder Anregungen zum Vorhaben gegeben, sofern den Hinweisen und Empfehlungen des Gutachters gefolgt wird.</p>	<p>Die Hinweise und Empfehlungen des Gutachters werden in den nachfolgenden Bebauungsplanverfahren Nr. 900 und 932 und in den entsprechenden Baugenehmigungsverfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p>	

Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr

Änderungsverfahren 25 BO – Quartier Feldmark – zum Regionalen Flächennutzungsplan

Synopse der Anregungen im Rahmen der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch und § 13 Abs. 1 Landesplanungsgesetz

Im Rahmen der förmlichen Beteiligung sind keine schriftlichen Stellungnahmen der Öffentlichkeit eingegangen.

Januar 2019